

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Ölpreise - Landwirtschaft -
Entwicklungshilfe - EG-AKP - China**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: Ölpreise - Landwirtschaft - Entwicklungshilfe - EG-AKP - China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 7, pp. 313-314

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135333>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ölpreise

Spiel ohne Grenzen?

Nachdem sich die OPEC-Staaten in der letzten Juni-Woche über eine weitere Anhebung ihrer offiziellen Verkaufspreise geeinigt haben, beträgt der Durchschnittspreis einschließlich der von den meisten Lieferländern erhobenen Zuschläge ab 1. Juli rd. 20 \$ je Barrel. Dies bedeutet einen Anstieg um mehr als 50% seit Dezember 1978. Am Anfang der neuen Preisexplosion stand – wie schon einmal in der Erölkrisis 1973/74 – ein temporärer Ausfall von Erdöllieferungen, dieses Mal aufgrund der innenpolitischen Krise in Iran.

Angstkäufe von Erdöl und Derivaten nährten damals wie heute eine Preishausse auf den freien Märkten. Eine solche Entwicklung lädt die OPEC-Länder geradezu ein, die Verknappung zu nutzen und ihrerseits die Exportpreise kräftig zu erhöhen. Hier droht fast ein „Spiel ohne Grenzen“. Die OPEC-Länder haben nur darauf zu achten, daß der Ölhahn nicht wieder zu stark aufgedreht wird. Sonst würde die übersteigerte Nachfrage schon bei der Erwartung einer besseren Versorgung rasch abflauen; und die OPEC-Länder könnten sich – wie noch Anfang 1978 – veranlaßt sehen, Abschläge auf ihre offiziellen Verkaufspreise zu gewähren.

Nachdem sich die durchschlagende Wirkung einer zurückhaltenden Angebotspolitik als Mittel zur Durchsetzung von Preisforderungen wieder einmal erwiesen hat, dürften die Öllieferungen jedoch kaum wesentlich verstärkt werden. Bis jetzt hat nur Saudi-Arabien angedeutet, daß es seine Produktion etwas und auch nur vorübergehend erhöhen will. Die „harten“ OPEC-Länder werden diesem Beispiel kaum folgen. Eine nachhaltige Entspannung am Ölmarkt ist demnach ohne eine spürbare Drosselung der Nachfrage – die sich durchaus als Folge eines durch die Ölpreisexplosion mitverschuldeten starken Konjunkturückschlags in den Industrieländern ergeben könnte – kaum zu erwarten. ko

Landwirtschaft

Bescheidene Reform

Wider alle Erwartungen scheint es nun doch noch in dieser Legislaturperiode zu einer Neuregelung der Einkommensbesteuerung für Landwirte zu kommen, nachdem die zuständigen Minister für Finanzen und Landwirtschaft Einigung über einen Entwurf erzielen

konnten. Immerhin hat es fast 1 1/2 Jahre gedauert, bis aus dem Gutachten einer von der Bundesregierung eingesetzten Kommission Konsequenzen gezogen wurden.

Kernpunkt der Neuregelung ist die Einführung von drei verschiedenen Kategorien der Gewinnermittlung: Bis zum Einheitswert der Bewirtschaftung von 25 000 DM erfolgt die Gewinnermittlung weiterhin nach Durchschnittssätzen, oberhalb dieser Grenze wird eine einfache Einnahmen-Ausgabenrechnung vorgenommen; bei einem Umsatz über 360 000 DM oder einem Gewinn über 36 000 DM oder einem Wirtschaftswert über 40 000 DM besteht Buchführungspflicht. Damit werden die größten Besteuerungsungerechtigkeiten innerhalb der Landwirtschaft beseitigt, da weitaus mehr Betriebe als bisher buchführungspflichtig werden, mit der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen statt 15-25% jetzt 50-70% der durchschnittlichen tatsächlichen Gewinne erfaßt werden sollen und der Übergang von der einen in die andere Gruppe durch die zwischengeschaltete Einnahmen-Ausgaben-Überschußrechnung nicht mehr so krass ausfällt.

Das Bundesfinanzministerium rechnet nach einer Übergangsfrist von mehreren Jahren, die zur Einordnung der Steuerpflichtigen in die richtige Gruppe der Gewinnermittlung für erforderlich gehalten wird, mit Mehreinnahmen von rd. 250 Mill. DM. Angesichts der fast 2 Mrd. DM, die die Steuerprivilegien den Landwirten bisher einbrachten, mutet dieser Betrag recht bescheiden an. Der Widerstand, den Landwirtschaftsminister und Bauernverbände der Reform der Besteuerung entgegengesetzten, hat sich also gelohnt.

wei

Entwicklungshilfe

Unbefriedigende Bilanz

Wenige Tage vor der Konferenz der erdölexportierenden Staaten und kurz nach dem Abschluß von UNCTAD V veröffentlichte die OECD ihre Zahlen über die Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Industrieländer im Jahr 1978. Die Gesamtleistungen werden auf 57 Mrd. US-\$ geschätzt; dies entspricht 1% des Bruttosozialprodukts der Geberländer. Die öffentliche Hilfe erreichte im gleichen Jahr einen Umfang von 18,3 Mrd. US-\$ und belief sich damit auf 0,32% des Bruttosozialprodukts. Wie schon in früheren Jahren ist also das umstrittene 1 %-Ziel eingehalten worden, während die öffentliche Hilfe zu vergünstigten Konditionen immer noch weit hinter dem Soll von 0,7 % des Bruttosozialprodukts zurückbleibt.

Die Bundesrepublik hat ebenfalls wenig Grund zur Selbstzufriedenheit: Der Anteil der öffentlichen Hilfe am Bruttosozialprodukt lag zwar 1978 mit 0,31% um 0,04 Prozentpunkte höher als im Vorjahr, blieb aber trotzdem noch unter dem Durchschnitt der westlichen Industrieländer. Das ist auch dann eine unbefriedigende Bilanz, wenn man berücksichtigt, daß die Konditionen im vergangenen Jahr wesentlich günstiger gestaltet wurden. Wenn auch immer stärkere Zweifel an dem Sinn des 1%- und des 0,7%-Ziels deutlich werden, so zeigt doch die Jahresprüfung für 1978, daß weitere Anstrengungen zur Steigerung der Entwicklungshilfe notwendig sind. Darüber hinaus müssen sich die Verantwortlichen in den armen wie in den reichen Ländern in diesem Zusammenhang vor Augen halten, daß es mit Geld allein nicht getan ist. Ebenso notwendig sind Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Dabei geht es vor allem um geeignete Auswahlkriterien für Projekte, um die Steigerung der Planungs- und Absorptionsfähigkeit in den Nehmerländern und die Bereitschaft der Geberländer, Waren- und Budgethilfen bei Bedarf unbürokratisch und schnell nach entwicklungspolitischen Kriterien zu vergeben. mk

EG-AKP

Gutnachbarliche Beziehungen

Ende Juni ist die hoffentlich letzte Verhandlungsrunde über die Fortsetzung der besonderen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den 57 AKP-Staaten abgeschlossen worden. „Hoffentlich“ deshalb, weil ein Dutzend Länder offen Vorbehalte gegen das Verhandlungsergebnis geäußert hat.

Dabei ging es vor allem ums Geld. Das letzte EG-Angebot war den AKP-Ländern so gering erschienen, daß sie die vorhergehende Verhandlungsrunde hatten platzen lassen. Jetzt sind Ausgaben von 5 607 Mill. ECU (rd. 14 Mrd. DM) für fünf Jahre, beginnend am 1. 3. 1980, vorgesehen. Drei Viertel dieser Mittel werden voraussichtlich als Schenkungen, ein Viertel in Form von Krediten zu Sonderkonditionen vergeben werden. Sie bedeuten im Durchschnitt nicht mehr als knapp 9,40 DM pro AKP-Einwohner und Jahr; das entspricht einer Pro-Kopf-Belastung der EG-Bevölkerung von nur knapp 11 DM jährlich. Die ärmsten Entwicklungsländer erhalten de facto zwar mehr, da sie in den meisten Bereichen bevorzugt behandelt werden. Die Steigerung des Finanzvolumens um 62% gegenüber dem jetzt ablaufenden Lomé-Abkommen bleibt allerdings um mehr als 10 Prozentpunkte hinter der des nominalen Bruttoinlandsprodukts aller EG-Länder in dieser Zeit zurück – eigentlich ein Armutszeugnis für die Reichen.

Immerhin läßt das Abkommen den AKP-Staaten weitgehend die Möglichkeit eines eigenständigen Entwicklungsweges offen. Die fast vollständige Zollfreiheit, die AKP-Waren bei der Einfuhr in die EG genießen, und das nun auf wichtige mineralische Rohstoffe ausgedehnte System zur Stabilisierung der Exporterlöse erleichtern eine exportorientierte Entwicklung. Da in dem Abkommen keine Reziprozität vorgesehen ist, sind aber auf dieser Basis auch andere Wege möglich. Auch eine der Meistbegünstigungsregel ähnliche Investitionsschutzbestimmung beläßt den Entwicklungsländern alle Möglichkeiten, ausländische Unternehmen zu begrüßen oder auf sie zu verzichten. Das Abkommen kann insofern wohl weiterhin als Modell gutnachbarlicher Beziehungen ohne Dominanz der Industrieländer gelten. or

China

Ende der Euphorie?

Die gegenwärtig in China stattfindende Neuausrichtung des geplanten Wirtschaftsprogramms wirkt sich auch auf die Importaktivitäten des Landes aus. Während noch Ende vergangenen Jahres ausländische Firmen bei der Abgabe von Angeboten zur Eile gedrängt wurden, werden jetzt Projekte in Milliardenhöhe zurückgestellt und Vertragsverhandlungen verzögert.

Die „große Ernüchterung“, die sich jetzt laut Tagespresse unter den Exporteuren breitmacht, ist aber genauso wie die vorherige China-Euphorie ein Produkt verkannter Fakten. Die Chinesen selbst hatten das Ausland nie im Zweifel gelassen, daß sie nur so viel importieren werden, wie sie auch in absehbarer Zeit bezahlen können.

Gemessen an Pekings Bereitwilligkeit zur Erschließung neuer Devisenquellen, stehen die Chancen für ausländische Exporteure jetzt sogar besser denn je. Kompensationsgeschäfte, Joint Ventures und Kreditaufnahmen, bis Jahresende noch als unannehmbar von offizieller Seite dementiert, sind inzwischen längst Gegenstand von Verhandlungen mit chinesischen Geschäftspartnern. Selbst Freihandelszonen werden in China für ausländische Produktionsbetriebe aufgebaut (so in Shenzhen und Tianjin), um Devisen zu erwirtschaften. Wenn sich China dabei an den von der UNIDO ausgearbeiteten Prototyp hält, könnten ausländische Investoren mit einer steuerfreien Zeit, möglicherweise mit subventionierten Dienstleistungen und eventuell sogar mit einer Garantie für das Ausbleiben von Streiks rechnen. Niedrige Arbeitslöhne und hohe Arbeitsdisziplin dürften einen weiteren Anreiz für ausländische Unternehmen bieten. kwi